Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/11083

18. 06. 98

Entschließungsantrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu dem Antrag der Bundesregierung
– Drucksachen 13/10977, 13/11012 –

Deutsche Beteiligung an der von der NATO geplanten Operation zur weiteren militärischen Absicherung des Friedensprozesses im früheren Jugoslawien über den 19. Juni 1998 hinaus (SFOR-Folgeoperation)

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag würdigt mit Dankbarkeit die riskante Arbeit, die Soldaten der Bundeswehr, Polizeibeamte, Angehörige ziviler Hilfsorganisationen und – von der Öffentlichkeit viel zu wenig wahrgenommen – Freiwillige verschiedener Friedensdienste bei der Friedenssicherung und dem Aufbau ziviler Strukturen im ehemaligen Jugoslawien geleistet haben. Er dankt allen Helferinnen und Helfern für ihr Engagement und die geleistete Hilfe.

2. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, die schwierige und in der Praxis bisher vernachlässigte Verständigung zwischen den Konfliktparteien im ehemaligen Jugoslawien stärker zu fördern. Um auf Dauer wieder ein friedliches Zusammenleben zu ermöglichen, ist neben Friedensabsicherung und Wiederaufbau gerade die gesellschaftliche Verständigungsarbeit von elementarer Bedeutung. Deutsche Nichtregierungsorganisationen könnten diese zivile Unterstützung des Friedensprozesses vervielfachen, wenn die Bundesregierung ihre bisherige Verweigerungshaltung aufgeben und die Ausbildung von Friedensfachkräften und die Projektdurchführung unterstützen würde.

3. Der Deutsche Bundestag würdigt die Bundeswehr als erste deutsche Armee, die als Parlamentsarmee und mit dem Leitbild des Staatsbürgers in Uniform in der Demokratie verankert ist. Weder die Bundeswehr noch deren Soldaten können mit Reichswehr, Wehrmacht oder Nationaler Volksarmee auf eine Stufe gestellt werden. Die demokratische Einbindung und die Kultur der militärischen Zurückhaltung zu fördern und zu erhalten, gehört zu den vornehmsten Aufgaben. Eine Armee in der Demokratie muß sich auf zweifelsfreie demokratische Vor-

bilder stützen. Undemokratische Vorbilder und Traditionen, insbesondere ein distanzloser Umgang mit der Wehrmacht und die Benennung von Kasernen nach „Kriegshelden", haben in der Bundeswehr nichts zu suchen. Der Deutsche Bundestag sieht in der Förderung einer gelebten Inneren Führung, der Durchsetzung des Traditionserlasses auch im Truppenalltag sowie im Verzicht auf eine überkommene undemokratische Traditionspflege einen wichtigen Beitrag zur Verwirklichung des Leitbildes vom Staatsbürger in Uniform.

4. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, auf pathetisch überhöhte und militärverklärende Symbole und Feiern wie feierliche Gelöbnisse außerhalb der Kasernen sowie Große Zapfenstreiche zu verzichten. Kein anderer Dienst und keine andere Institution (z. B. Polizei, Feuerwehr, Entwicklungsdienst) praktiziert und beansprucht vergleichbare Formen der Selbstdarstellung. Vor dem Hintergrund zunehmender rechtsextremer Stimmungen in der Gesellschaft und den rechtsextremen Vorfällen innerhalb der Bundeswehr muß vor einer Überhöhung des Soldatischen und einem inhaltsleeren Zustimmungs- und Bekenntniszwang zur Bundeswehr gewarnt werden.

5. Der Deutsche Bundestag kritisiert, daß im Wahljahr Wehrpflichtige verstärkt zu Gelöbnisfeiern auf die zentralen Plätze der Städte gesandt und damit drohen für Wahlkampfzwecke instrumentalisiert zu werden. Hiermit möchte die Bundesregierung von Meinungsverschiedenheiten zwischen den Regierungsparteien und Fehlentwicklungen innerhalb der Bundeswehr ablenken. Die Zentrale Dienstvorschrift 10/8 stellt unmißverständlich fest: „Vereidigungen und feierliche Gelöbnisse sind im Regelfall innerhalb militärischer Anlagen durchzuführen."

Bonn, den 18. Juni 1998

Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333